

KAB-Sozialtag 2008

Sozialpolitik: Prävention statt Abbau

Caritas-Direktor Jürg Krummenacher sieht im wirtschaftlich-gesellschaftlichen Strukturwandel *die* soziale Herausforderung. Von Theo Bühlmann



Der Caritas-Direktor Jürg Krummenacher bei seinem Referat am KAB-Sozialtag.

Dossier-Bilder: Theo Bühlmann

Hedy Jager, Präsidentin des veranstaltenden Ressorts *Soziales und Politik*, begrüßte die Gäste am 12. Tag des neuen Jahres zum Sozialtag 2008. «Sozialpolitik zeigt, wie wir in der Gesellschaft miteinander umgehen», sagte Thomas Wallimann, Leiter des KAB-Sozialinstituts, einleitend. «Wenn es um Existenzfragen geht, spielt auch das Versicherungsmotiv eine Rolle: Wir hoffen, dass andere uns helfen, wenn's uns mal schlecht ginge.» Als Hauptreferent eingeladen war Jürg Krummenacher. Er ist seit 1991 Direktor der Caritas Schweiz und war vorher Rektor an der höheren Fachschule für Sozialarbeit in Luzern.

Weltunordnung

«Wir leben in einer Zeit des radikalen gesellschaftlichen Umbruchs», stellte Jürg Krummenacher fest. Er erinnerte an die grösste Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg, welche auch die Schweiz ab 1991 prägte. Das tat auch die verlorene

EWR-Abstimmung von 1992. Zusammen mit dem Asylthema sei dies der Hauptgrund für viele Verschärfungen und Verhärtungen in der schweizerischen Gesellschaft.

Der Referent erinnerte an den Fall der Berliner Mauer 1989, der das Ende des Kalten Krieges signalisierte. George Bush, der Vater des gegenwärtigen Präsidenten der USA, habe damals von einer neuen Weltordnung gesprochen. «Doch die einzig verbliebene Supermacht richtete mit ihrer Politik eher eine Weltunordnung an. – Die grosse Zukunftsfrage wird sein, ob es gelingt, die neu aufsteigenden Weltmächte China und Indien einzubinden», betonte Jürg Krummenacher. «Oder werden sie, wie es häufig in der Geschichte war, eine Bedrohung darstellen, die zu neuen kriegerischen Auseinandersetzungen führt?» Eine zentrale Rolle sieht der Referent in den künftigen Energiequellen. «Biotreibstoffe sind keine Lösung auf Dauer, weil sie die Hungerproblematik verschärfen. Es

wird entscheidend sein, wie mit den Ressourcen umgegangen wird. Schon heute mangelt es in vielen Regionen an Wasser, was beispielsweise im mittleren Osten, in Syrien, in der Türkei oder im Irak ein Hauptkonfliktpunkt ist.»

Haupttriebkraft des Wandels ist für Krummenacher die Globalisierung: «Dies ist kein naturwüchsiger Prozess, sondern das Produkt einer gewollten neoliberalen Politik, die zur wirtschaftlichen Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung führt.» Noch nie in der Weltgeschichte sei das Ausmass der internationalen Arbeitsteilung, angetrieben durch transnationale Konzerne, so gross gewesen: Produkte und Dienstleistungen entstehen verteilt über den ganzen Erdteil. Das ist nur möglich mit den neuen Telekommunikations- und Informationstechnologien und einer noch nie gekannten Mobilität. Eine Folge davon ist ein massiver

Standortwettbewerb zwischen den einzelnen Ländern. Produziert wird dort, wo es am günstigsten ist; und so werden Arbeitsplätze vom einen Ort an den andern geschoben. «Aber die Globalisierung beseitigte die weltweite Armut nicht», gab Krummenacher zu bedenken. «Es gibt im Gegenteil eine wachsende Kluft zwi-

> «Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen» <

Präambel der Bundesverfassung

schen arm und reich. Auch in Indien oder China kann die Bevölkerung nicht im grossen Ausmass profitieren. In Indien gibt es zwar eine wachsende Mittelschicht – vielleicht 100 Millionen von einer Milliarde Men-

> Fortsetzung Seite 8



ZuhörerInnen an einem der Diskussions-«Marktplätze».

> Fortsetzung von Seite 7

schen – der grösste Teil lebt aber in noch grösserer Armut als früher.» Zu diesen Herausforderungen kommen der sich immer noch vergrössernde Nord-Süd-Konflikt sowie der Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt, die Auslöser von (bewaffneten) Konflikten und der Migration sind.

«Zweite Moderne» mit mehr Armut

Die Globalisierung führt zu einem tief greifenden Strukturwandel des Arbeitsmarktes: Heute wird mit sehr viel weniger Menschen immer mehr produziert. Im Industriebereich wurden seit vielen Jahrzehnten unzählige Schweizer Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Zum Glück gab es sehr viele neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, sonst wäre die Arbeitslosigkeit viel grösser.

Zentrales Merkmal der «Zweiten Moderne», wie dieser Übergang der westlichen Industrie- zu Informationsgesellschaften bezeichnet wird, ist die Individualisierung: Herkömmliche Bindungen an Kirchen,



Die vom KAB-Sozialinstitutsleiter Thomas Wallimann moderierte Referentenbefragung war ein neues Element am Sozialtag 2008: Hier mit der Medienfrau Pia Stadler.

Verbände, Gewerkschaften und Vereine lösen sich auf. Es entstehen – neben der traditionellen Familie – eine Vielfalt an Lebens- und Haushaltformen.

Der Caritas-Direktor zeichnete am KAB-Sozialtag ein differenziertes

Bild der Schweizerischen Gesellschaft: Auch bei uns hat die finanzielle Ungleichheit zugenommen. Das verfügbare Einkommen der meisten Leute ist heute tiefer als zu Beginn der 90er Jahre. Und die Zahl der Menschen, die mit Sozialhilfe unterstützt werden müssen, war noch nie so hoch. 2005 waren es 237'000 Personen. Die Armut stellt eine grosse Herausforderung dar. Sie führt auch zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen, zur Isolation und zu Spannungen in der Familie. Langzeitarbeitslosigkeit und Scheidungen sind wichtige Armutsursachen; auch der Wohnort spielt eine grosse Rolle. Betroffen sind vor allem Alleinstehende, Alleinerziehende und Familien. Die meisten Armen sind Working Poor: Mindestens eine Person im Haushalt arbeitet vollumfänglich, und trotzdem reicht es kaum zum Leben. Rund dreiviertel aller Working Poor sind SchweizerInnen.

Schweiz ist inzwischen wieder das wettbewerbsstärkste Land der Welt. Wir haben eine tiefe Steuerquote, eine niedrige Verschuldung, und im Vergleich zu andern Ländern niedrige Ausgaben für den sozialen Schutz. Die Schweizerische Arbeitslosenquote ist vergleichsweise tief, aber es gibt eine beträchtliche Dunkelziffer und



Raymond Caduff von der Dienststelle Soziales und Gesellschaft bei seiner Befragung.

Strukturwandel berücksichtigen!

Obwohl durch die Mutterschaftsversicherung, die Kinderzulagen und die Anschubfinanzierung für Kinderkrippen eine positive Entwicklung feststellbar sei; «in der Familienpolitik sind wir immer noch ein Entwicklungsland», betont Krummenacher, «da muss in den nächsten Jahren sehr viel passieren». Prioritär sind für ihn Ergänzungsleistungen für armutsbetroffene Familien und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Der Schweizer Wirtschaft geht es gut wie schon lange nicht mehr. Die

sehr viele Frühpensionierte. Und vor allem Leute in der Sozialhilfe, Invalidenversicherung und in Beschäftigungsprogrammen: Sie werden nicht zu den Arbeitslosen gezählt, aber finden keine dauerhafte Anstellung. «Wir haben auch ein Auseinanderdriften zwischen jenen, die eine feste Anstellung haben, und zunehmend mehr Leuten in prekären Arbeitsverhältnissen wie Kleinstpensen, Arbeit auf Abruf», stellte Jürg Krummenacher fest.

> Inserat

Einladung zur

PRÄSIDENTINNEN-/PRÄSIDENTEN-KONFERENZ DER KAB SCHWEIZ

**Samstag, 1. März 2008
im OEKI, Stansstad**

Beginn 10.00 Uhr
Ende 15.45 Uhr

«Häb Sorg zum Ffür...»

Anmeldung bis 25. Februar 2008
und Programm erhältlich bei:
VERBANDSSEKRETARIAT KAB
Postfach 1663, 8031 Zürich
Telefon 044 271 00 30 / Fax 044 272 30 90
E-Mail: verband@kab-schweiz.ch

Die Sektionen werden Ende Januar mit den Programmen bedient.



«Da kann man doch nicht von einer Anspruchsmentalität sprechen!»

Die Sozialhilfe generiert nur etwa ein Prozent der Gesamtkosten für die soziale Sicherheit.

TBü. Die Organisatoren des KAB-Sozialtages hatten drei Fachleute eingeladen, den Hauptreferenten aus ihrer je unterschiedlichen Perspektive kritisch zu befragen.

Aus politischer Sicht tat dies als erste die Zuger Rechtsanwältin FDP-Kantonsrätin Andrea Hodel: «Haben wir nicht so und so viele Leute an der Armutsgrenze, weil sie hohe Ansprüche stellen. Es muss ein Auto sein, es gehört ein Fernseher dazu. Es kommen 18-Jährige zu mir und sagen, sie seien auf dem Sozialamt gewesen, sie kämen mit den Eltern nicht mehr aus. Ich müsste helfen, den Vater einzuklagen, dass er eine Wohnung zahlt. Was heisst da an den Ursachen ansetzen? Schicken wir Eltern wieder in die Schule, damit sie erziehen lernen und von Kindern Einsatz fordern? Eine 50-Prozent-Scheidungsquote führt zu enorm vielen Sozialfällen und ist eine gesellschaftliche Katastrophe. Aber welcher Sozialethiker sagt mir, wie wir die Familien dazu bringen zusammenzubleiben?»

Jürg Krummenacher: «Ich denke nicht, das wir das Problem mit Moralismus und Appellen aus der Welt schaffen.»

Hodel: «Aber wir können doch nicht die ganze Verantwortung dem Staat abschieben!»

Krummenacher: «Das tun wir auch nicht. Ein grosser Teil der Leute versucht auch nach Scheidungen selber über die Runden zu kommen. Weil sie sich schämen, auf's Sozialamt zu gehen. Etwa

die Hälfte der Leute mit Anrecht auf Sozialhilfe machen keine geltend. Da kann man doch nicht von einer Anspruchsmentalität sprechen! Es ist klar, dass *unser* Existenzminimum nicht jenes von Afrika oder Asien ist, wo es bei Armut um Leben und Tod geht. Unsere Armutsgrenze orientiert sich an den hiesigen Lebensverhältnissen. Sie können mir doch nicht sagen, dass man sich mit einem Einkommen von 2100 Franken (bis vor kurzem SKOS-Armutsgrenze) wahnsinnige Ansprüche erfüllen könnte. Oder stellen Sie sich vor, wie eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern mit 4500 Franken durchkommt? Da ist es nicht möglich, ein Auto zu halten. Es würde von der Sozialhilfe auch nicht bezahlt – höchstens vielleicht dann, wenn es einen beruflichen Wiedereinstieg ermöglichte. Die Lösungen liegen vor allem im Bildungsbereich, und in der Integration mit dem Ziel, dass möglichst viele Leute wieder Arbeit finden.»

Eine Million Arme!?

Pia Stadler, stellvertretende Chefredaktorin beim *forum*, dem katholischen Pfarrblatt des Kantons Zürich, fragte: «Caritas Schweiz schätzte im Jahr 2004 eine Million Armutsbetroffene in der Schweiz. Hatte damals die ausländische Zeitung nicht recht mit ihrer Kritik, wenn sie titelte, die Schweiz pflege Armut auf hohem Niveau?»

Jürg Krummenacher: «Wir kamen auf der Basis von offiziellen Zahlen des Bundesamtes für Statistik (Bfs) zu dieser Million. Wir stützten uns auf die Richtlinien der SKOS und jene für Ergänzungsleistungen, und auf das betriebsamtliche Existenzminimum. Unsere Zahl wurde übrigens nie in Frage gestellt. Sie liegt in der Zwischenzeit tiefer, weil das Bfs die Armutsgrenze anders definierte. Aber damit haben wir ein Problem: Es darf doch nicht sein, dass ein Bundesamt so einfach 150- bis 200-tausend Arme im Land «verschwinden» lässt und damit die Thematik relativiert!»

Altersfinanzierung

Der Theologe Raymond Caduff von der Dienststelle Soziales und Gesellschaft des Kantons Luzern (hiess früher Sozialamt) erklärte, die Sozialhilfe sei gar nicht das grösste Problem, weil sie nur etwa ein Prozent der sozialen Sicherheit ausmacht. «70 Prozent aller Kosten sind mit dem Altwerden verknüpft, also auch damit, dass man – gesellschaftlich anerkannt – aufhört, erwerbstätig zu

> Fortsetzung Seite 10

> Fortsetzung von Seite 8

Nötiger Perspektivenwechsel

Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialer Frieden, diese drei Ziele verfolgt die Sozialpolitik. Der Caritas-Direktor sieht ihr Problem darin, dass sie den neuen Risiken – Strukturwandel in der Arbeitswelt, Veränderung der Familien und Haushaltsstrukturen – zu wenig Rechnung trägt. Notwendig wäre aus seiner Sicht ein Eidgenössisches Rahmengesetz zur Existenzsicherung und Integration. Ebenso eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Kantonen, Gemeinden und dem Bund einerseits und zwischen den verschiedenen Systemen der sozialen Sicherheit andererseits. Die entscheidende Zukunftsinvestition liegt für ihn in der Bildungspolitik. Dass immer mehr junge Erwachsene mit ungenügender Bildung keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt finden und bei der Sozialhilfe landen, dies müsse sich ändern. Bildungspolitische Massnahmen müssten – wie in den skandinavischen Ländern – schon auf der Vorschulstufe ansetzen: Mit familienergänzenden Be-

treuungseinrichtungen und ausserschulischen Begleit- und Betreuungsstrukturen.

Krummenacher kritisiert die sozialpolitische Debatte der letzten Jahre: «Man sprach fast nur über Ausgabenbeschränkung, über die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Und in der letzten Zeit erweckte eine hässliche Missbrauchsdiskussion den Eindruck, als würden alle, die Sozialhilfe beziehen oder in der Invalidenversicherung sind, dies missbräuchlich tun.»

Die *wirklichen* Ursachen von Desintegration und Armut scheinen wenige zu interessieren. Der Anstieg der Sozialausgaben sei auf die wirtschaftliche und demografische Entwicklung zurückzuführen, und nicht auf eine Erhöhung der Leistungen. Denn fast sämtliche Revisionen waren durch einen Leistungsabbau gekennzeichnet.

Der Caritas-Direktor betonte, man müsste sich dringendst mit den gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre auseinandersetzen. Wie können wir ihnen durch eine präventive Sozialpolitik und Integrationsförderung begegnen?



< An einem andern «Marktplatz».

Jeder kann die Diskussionskultur verbessern



Abschliessendes Podiumsgespräch: (von rechts:) Raymond Caduff, FDP-Kantonsrätin Andrea Hodel, Thomas Wallimann, Pia Stadler und Jürg Krummenacher.

TBü. Nach dem Referat und der Rückfragerunde gab es Gelegenheit – bei einem ausgezeichneten Mittagessen des Goldauer Pfarreizentrums Eichmatt – mit KAB-KollegInnen aus den verschiedensten Landesteilen Kontakte zu pflegen. Danach bewegten sich die Teilnehmenden frei durch die verschiedenen thematischen «Marktstände». Man konnte an den Info-Tischen Unterlagen studieren oder seine «brennende» Frage zuhänden des Podiums formulieren. «Bildung scheint so etwas wie das Allerweltsheilmittel für soziale Probleme zu sein. Werden da nicht zu hohe Erwartungen gehegt?», fragte Thomas Wallimann die PodiumsreferentInnen. Andrea Hodel: «Einerseits bekommt Bildung dadurch, dass niederschwel-

lige Arbeitsplätze verloren gehen, einen höheren Stellenwert, auch präventiv.» Andererseits werde es immer unqualifizierte Leute geben, die nirgends unterkommen und für welche der Staat Beschäftigungsprogramme subventionieren oder gemeinnützige Arbeiten organisieren solle. Denn das verursache weniger Kosten, als wenn die Leute «daheim bleiben und aus Tagesstrukturen fallen». Raymond Caduff: «80 Prozent der Erwerbsfähigen in der Schweiz arbeiten. Diesbezüglich sind wir Weltmeister; in Nachbarländern sind es 60 bis 65 Prozent. Aber was tun wir mit Menschen, die den Schritt in die Arbeitswelt nicht schaffen? Vielleicht können sie aufgefangen werden durch eine Gesellschaft, die auch andere Lebensinhalte entwickelt. Es

gibt funktionierende Gesellschaften, in denen ein Grossteil der Erwerbsfähigen nur "omehanged". Ich finde, wir müssen auch den Mut haben, ein paar Prozenten der Bevölkerung einfach Fürsorge zu geben!»

Was wir tun können

Aus dem Publikum kam die Frage, was denn der Einzelne beitragen kann?

Raymond Caduff: «Wir alle können uns am politischen Prozess beteiligen. Es stehen genug sozialpolitische Debatten und Abstimmungen an, bei denen wir aktiv mitmachen können. Dabei finde ich es wichtig, mehr kritisch nachzudenken. Wieso fallen wir immer wieder auf Leute rein, die behaupten, Probleme könne man einfach und schnell lösen? Das

widerspricht doch so unserer persönlichen Lebenserfahrung! Das ist auch meine Kritik an der momentanen politischen Diskussionskultur. Jeder kann helfen, sie zu verbessern!»

Andrea Hodel: «Mein grösstes Anliegen ist es, nicht für jeden Missbrauch, den man irgendwo feststellt, ein neues Gesetz zu verlangen, sondern ihn selber anzugehen, auch in der Gruppe. Das braucht Mut, ein Hin- statt Wegschauen, und den Willen, etwas umzusetzen. (*Zum Publikum:*) Wenn Sie sagen, wir haben zu wenig Lehrlings-Coachs: Wieso nehmen wir uns – mit unserem Wissen – nicht einfach mal Jemandem an, der Mühe in der Lehre hat – ohne gleich wieder eine Institution zu fordern?»

Pia Stadler: «Wenn jeder an seinem Platz sich engagiert und Verantwortung übernimmt, dann muss weniger nach dem Staat gerufen werden.» Jürg Krummenacher: «Grundsätzlich widerspreche ich dem nicht. Es ist wichtig, dass alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst für sich und ihr näheres Umfeld sorgen. Das passiert in der Schweiz zu einem *grossen* Teil. Es sind *wenige* Leute, die versuchen, das System der sozialen Sicherheit auszunützen. Allerdings finde ich, man hat in den letzten Jahren zu viel von Eigenverantwortung gesprochen. Wenn ich die Entwicklung betrachte und sehe, wie viele ihre Arbeitsstelle verloren haben, weil sie wegrationalisiert wurde, finde ich es schwierig zu sagen: Ihr seid selber für euch verantwortlich.» <

> Fortsetzung von Seite 9

sein. Als man die AHV einföhrte, lebte man durchschnittlich ein Jahr, heute 20 bis 25 Jahre über das Pensionierungsalter hinaus. Die schwierigere Zukunftsfrage lautet darum: Wie finanzieren wir die Existenzsicherung im Alter und die Kosten der Pflege? Jürg Krummenacher: «Armut im Alter ist dank AHV und Ergänzungsleistungen heute weitgehend gelöst. Ein gewisses Risiko haben allerdings Pflegebedürftige. Ich glaube, wir kommen in Zukunft nicht darum herum, eine Pflegeversicherung einzuföhren. Ich meine, dazu angemess-

sen wäre eine eidgenössische Erbschaftssteuer. Ich bin sehr froh, das wir von den Schreckensszenarien gewisser Studien wegkamen, in denen man extrapolierete, dass beispielsweise ab 2010 die AHV nicht mehr finanziert sei. Wir sagten schon damals, die AHV-Finanzierung hange stark von der Wirtschaftsentwicklung ab. Ebenso von der demografischen Entwicklung: Wir haben heute viel mehr Leute in der Schweiz, als man damals erwartete. Ich bin allgemein skeptisch gegenüber Prognosen, in denen man schwarz malt, um dann unnötige Massnahmen einzuföhren.» <

> Inserat

Winterferien in Laax in anderer Art vom 8. bis 15. März 2008 mit Christian und Mäni

Auskunft und Prospekte bei:
KAB Schweiz, Ressort Freizeit und Reisen
 Ausstellungsstr. 21, Postfach 1663, 8031 Zürich, Tel: 044 271 00 30,
 Fax: 044 272 30 90, Mail: verband@kab-schweiz.ch
Anmeldeschluss: 20. Februar 2008

